

Auf dem Weg zu einer
Steuer- und Abgabenquote
von 40%

Inhalt

Die 3 Säulen in der Budgetpolitik der Bundesregierung.....	3
Ausgeglichenes Budget.....	3
Zukunftsinvestitionen.....	5
Entlastung: Die Steuer- und Abgabenquote senken.....	7
Entlastung und Wachstum.....	9
Staatsquote kann Wachstum dämpfen	10
Beispiel Schweden	12
Warum gerade 40 Prozent?	14
So wurden die 40 Prozent erreicht	15
Alle profitieren von der Entlastung.....	17
Eckpunkte der Steuerreform 2004 / 2005.....	19
Alle profitieren durch die Steuerreform	19
Die Kaufkraft wurde gestärkt	20
Auch die zukünftigen Steuerzahler werden entlastet	21
Schulden sind Steuern von morgen.....	21
Schuldenabbau ist Entlastung von morgen	22
Entlastung durch professionelle Schuldengebarung.....	24

Die 3 Säulen in der Budgetpolitik der Bundesregierung

Wenn die Wirtschaft wächst, gibt es für den Staat grob gesehen drei Möglichkeiten die zusätzliche Wertschöpfung (in Form von Steuereinnahmen) der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen: Erstens, kann er seine Ausgaben vergrößern, um für Wirtschaft und Gesellschaft noch mehr Impulse zu setzen. Zweitens kann er seine Schulden – so vorhanden – abbauen um die nachkommenden Generationen zu entlasten und für die Zukunft mehr Spielraum für Wachstum zu schaffen. Und drittens können die Steuern gesenkt werden um die Bürger und die Unternehmen von heute zu entlasten.

Eine verantwortungsvolle Budgetpolitik muss Prioritäten setzen, je nach dem welche Anforderungen die Zeit an Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stellt. Sie muss eine passende Kombination aus diesen drei Möglichkeiten finden, wie die Wertschöpfung in der Gesellschaft aufgeteilt werden soll um auch in Zukunft eine nachhaltige Wertschöpfung – sprich Wachstum – zu ermöglichen. Die Bundesregierung hat ihre Budgetpolitik schwerpunktmäßig auf drei Säulen gestellt die gemeinsam umgesetzt werden müssen:

- einem ausgeglichenen Budget über den Konjunkturzyklus
- einer Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40% bis 2010
- Zukunftsinvestitionen für ein nachhaltiges Wachstum

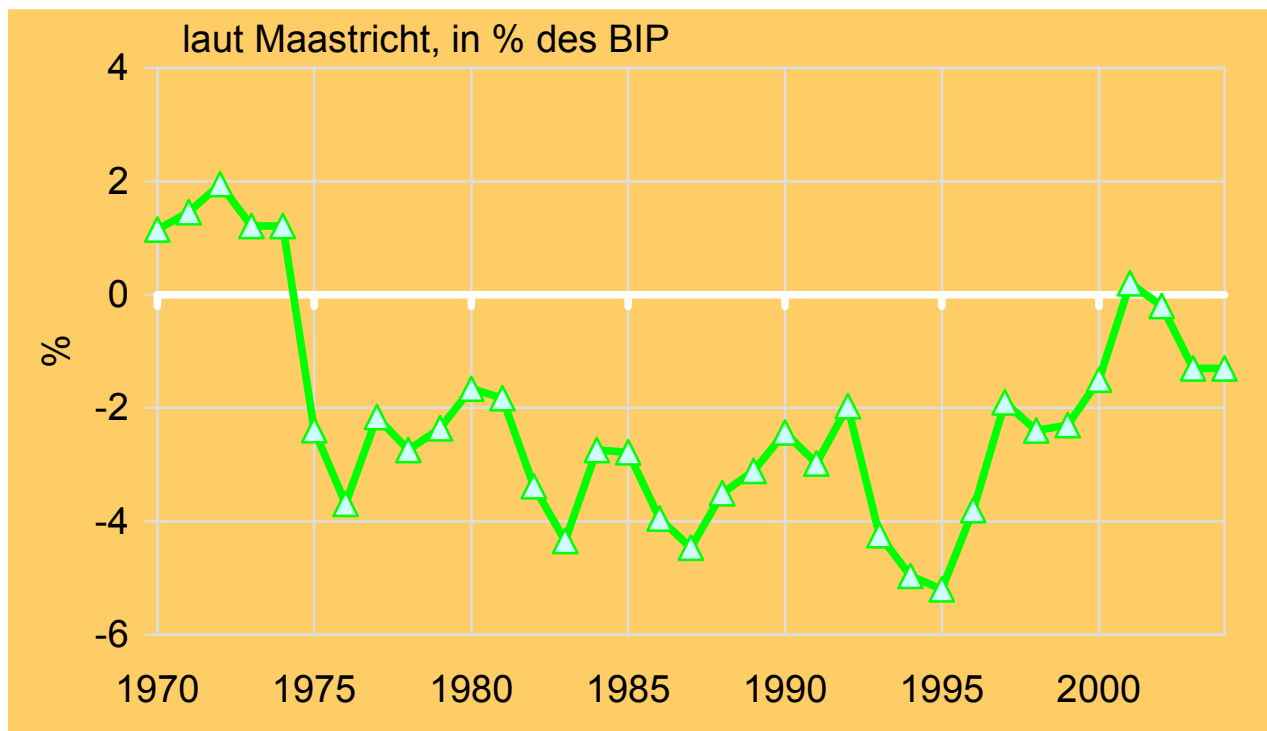
Die drei Säulen sind einfach miteinander verbunden: Wenn es der Wirtschaft besser geht, werden auch weniger öffentliche Leistungen nachgefragt, damit kann man die Unternehmen und Menschen von Steuern entlasten, weshalb es der Wirtschaft wieder besser geht. Diese Positivspirale funktioniert unter folgenden zwei Bedingungen: Wir stehen in einem internationalen (Steuer-)Wettbewerb und müssen uns diesem anpassen. Die Gelder aus den öffentlichen Haushalten dürfen nicht als "Besitzstände" betrachtet werden

Ausgeglichenes Budget

Der ausgeglichene Haushalt über den Konjunkturzyklus dient vor allem dem Schuldenabbau. In Zeiten guter Konjunktur können die Staatsausgaben reduziert werden,

um in Zeiten schlechter Konjunktur wirtschaftspolitisch gegensteuern zu können. Die Bilanz muss jedoch langfristig ausgeglichen ausfallen. Wenn die Neuverschuldung des Staates unter der Wachstumsrate des BIP bleibt, dann verringert sich der Schuldenstand in Prozent des BIP. Seit 1999 hat sich die Staatsverschuldung von 66,5% des BIP auf 64,3% des BIP (2004) verringert. In den Jahren 1974-1999 war das Staatsdefizit immer über 2% des BIP – meistens sogar über 3% bis 4% und in einigen Jahren sogar über 5% des BIP (bei wesentlich höheren Wachstumsraten als heute wohlgemerkt). Seit dem Jahr 2000 ist das Staatsdefizit stets unter 2%, meistens sogar unter 1% des BIP. Im Durchschnitt belief sich das Staatsdefizit der Jahre 1974-1999 auf 3,1% des BIP, und jenes der Jahre 2000 bis 2006¹ auf nur 0,95% - einen mehr als drei Mal so niedrigen Wert.

Gesamtstaatliche Defizite in Österreich seit 1970



(Quellen: OECD; BMF; IHS)

Der Schuldenabbau ist aber auch deshalb von großer Bedeutung, weil ab dem Jahr 2010 deutlich höhere Sozialausgaben auf Grund der demographischen Entwicklung auf uns zukommen. Rechnet man zum Beispiel die Pensionsverspflichtungen der Zukunft in den Schuldenstand des Staates (Pensionsverspflichtungen sind wie Schulden finanzielle Verpflichtungen des Staates), dann würde unser Schuldenstand laut EU-Kommission im Jahr 2050 sogar 123% des BIP betragen² – und damit doppelt so hoch sein wie die

¹ Laut Österreichischem Stabilitätsprogramm - Fortschreibung November 2004

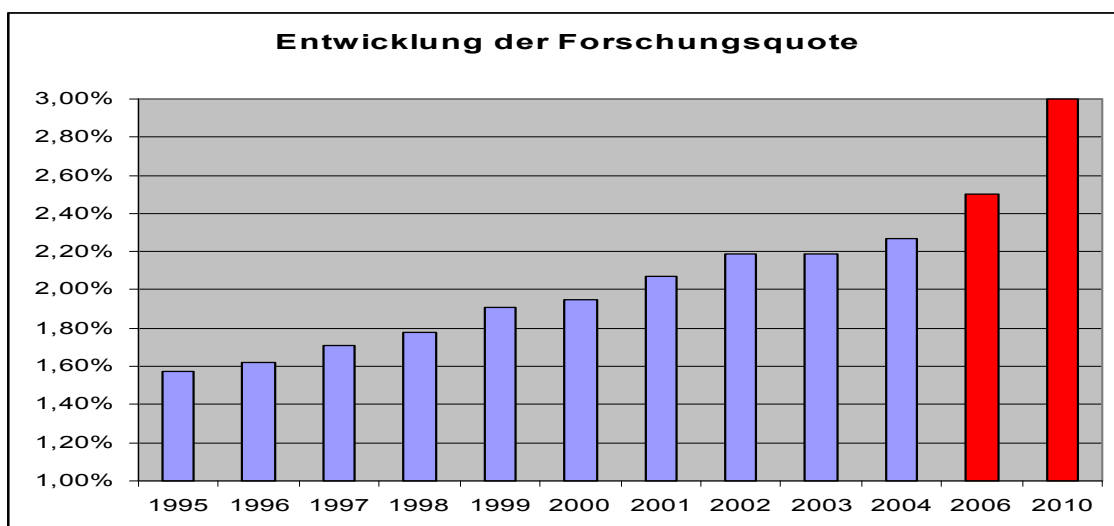
² Europäische Kommission: „Bericht über die öffentlichen Finanzen 2003“ SEC (2003) 571; S.23

heutige offizielle Staatsschuldenquote. Daher muss dahingehend vorgesorgt werden, dass in den nächsten Jahrzehnten allmählich jener Schuldenstand abgebaut wird, der vor allem Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre aufgebaut wurde. Schulden können aber nur dann abgebaut werden, wenn der Haushalt über längere Zeiten ausgeglichen ist und wenn die Wirtschaft wächst. Ein nicht über den Konjunkturzyklus ausgeglichener Haushalt würde den Neustart der Schulden-Zinsenspirale bedeuten, und im Endeffekt zwangsweise künftige Generationen wiederum mit neuen und dann auch noch höheren Steuern belasten. Dies würde das Wachstum deutlich hemmen, weil es unter anderem keine Ausgaben für Zukunftsinvestitionen zulassen würde.

Zukunftsinvestitionen

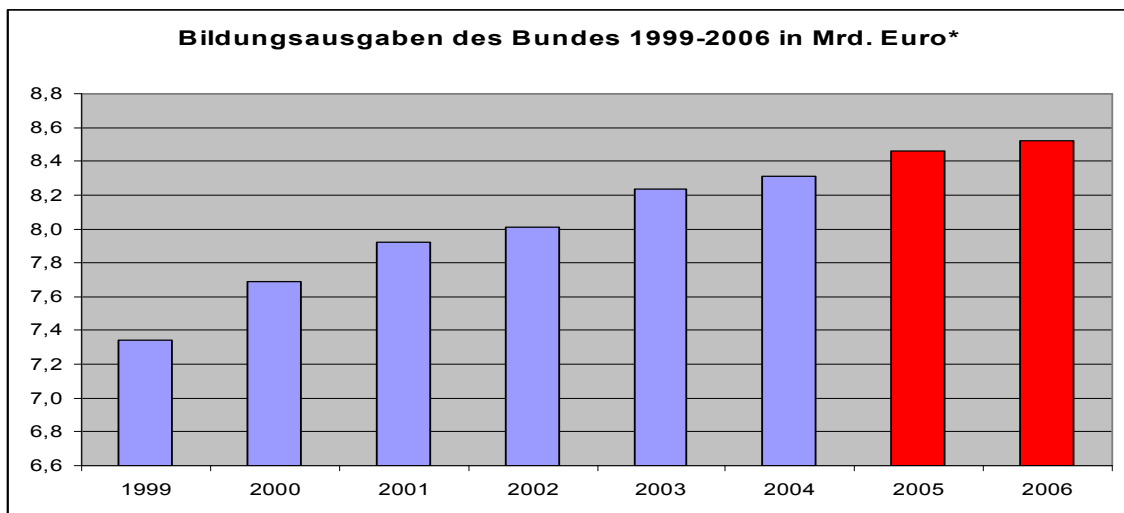
Forschung

- Offensivprogramme der Bundesregierung (2000-2006 zusätzlich 1.1 Mrd. Euro)
- Anhebung des Forschungsfreibetrages auf 25% und der Forschungsprämie auf 8% (410 Mio. Euro)
- Errichtung der Nationalstiftung für F&E jährlich weitere 125 Mio. Euro



Bildung

- Mit dem Universitätsgesetz schaffen wir moderne Universitäten. Die neue Selbständigkeit ermöglicht ihnen eine bessere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.
- Steuerliche Bildungsförderung durch Bildungsfreibetrag (20%) und Bildungsprämie (8%)
- Die Bundesaussgaben für Fachhochschulen steigen im Jahr 2005 um 50%

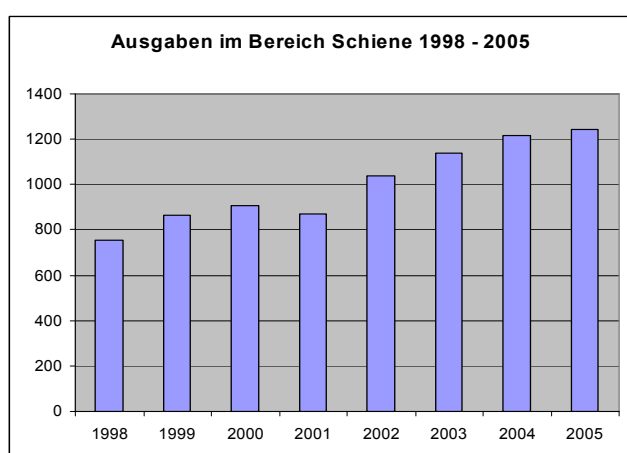
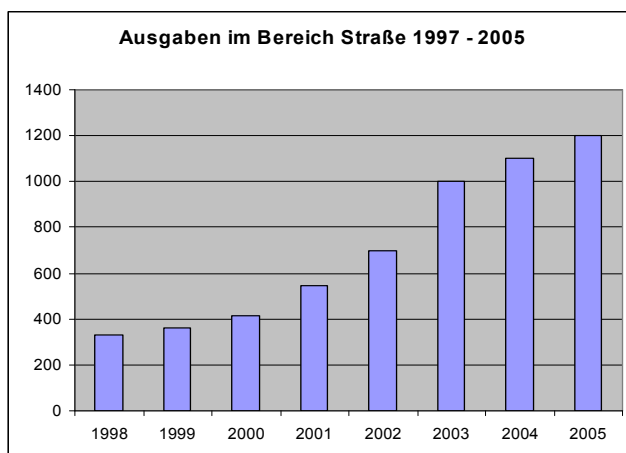


* Ohne „Bilanzverlängerungen“ aber mit Sonderzahlungen für Uni-Infrastruktur und im Rahmen des FAG

Infrastruktur

Die staatlichen Infrastrukturausgaben belaufen sich in Österreich auf 1,3% des BIP. Die ausgegliederten Einheiten (ASFINAG, BIG, Krankenanstalten – sie werden dem Privaten Sektor zugerechnet) haben Ausgaben von 1,9% des BIP. Die gesamten öffentlichen Infrastrukturausgaben liegen damit in Österreich mit 3,2% des BIP klar über dem EU15-Durchschnitt 2,2% des BIP (Eurostat 2002).

- Die ÖBB-Reform: Das neue Dienstrecht macht Schluss mit Sonderprivilegien. Insgesamt können wir 1 Mrd. Euro bis 2010 einsparen.
- Sechs neue Transeuropäische Bauvorhaben werden umgesetzt
- Breitbandoffensive und steuerliche Absetzbarkeit von Breitband-Internetzugängen



Quelle: BMVIT

Entlastung: Die Steuer- und Abgabenquote senken

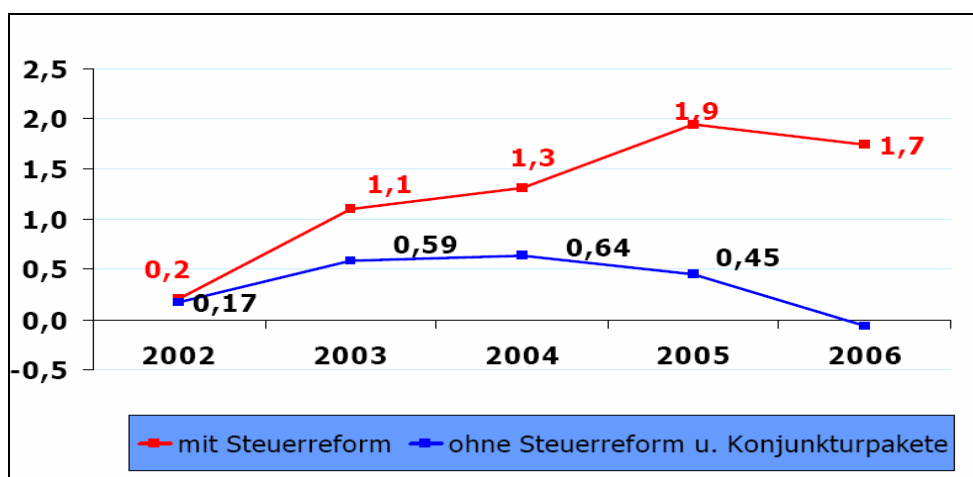
Von den oben genannten drei Möglichkeiten der Budgetpolitik, die Wertschöpfung in der Volkswirtschaft zu verteilen (Steuerentlastung, Schuldenabbau oder Ausgabenerhöhung) ist erstere sicher als prioritär anzusehen. Schuldenabbau ist eine wichtige „Routinearbeit“, die ständig verfolgt werden muss weil sie die Budgetsünden von gestern aufarbeitet; Ausgabenerhöhungen bei Zukunftsinvestitionen sind Leistungen für morgen und Steuerentlastungen wirken unmittelbar auf das Leben der Menschen von heute. Eine Wirtschaft kann nur dann ihr Potenzial zur Gänze entfalten, wenn sie die Leistungs- und Risikobereitschaft der Unternehmer nicht zu sehr mit Zwangsabgaben belastet, und wenn die Menschen durch zu hohe Abgaben nicht in ihrer wirtschaftlichen Aktivität gebremst werden, oder diese aus steuerlichen Gründen ins Ausland verlagern. Österreich hatte 1999 im EU-Vergleich die 4. höchste Steuer- und Abgabenquote. Daher müssen sowohl die Unternehmen als auch die Haushalte deutlich entlastet werden.

Der Entlastung der Wirtschaft (Unternehmen und Haushalte) muss vor allem auch aus Konjunkturüberlegungen kurzfristig Priorität eingeräumt werden. Das Wirtschaftswachstum hat zur Zeit noch nicht sein volles Potential ausgeschöpft. Wie in den meisten anderen EU-Staaten, bewirkt die schwache Konjunktur eine negative Outputlücke von über einem Prozent des BIP. Das bedeutet, die heimische Wirtschaft könnte ein höheres Wachstum vertragen, ohne dabei die Inflation in die Höhe zu treiben. Laut Stabilitätsprogramm der Bundesregierung schließt sich diese „Outputlücke“ erst im Jahr 2008 vollständig³ - und zwar auf Grund der Belebungseffekte der Steuerreform.

Diese Steuerreform und ihre Entlastungseffekte verleiht daher der Wirtschaft zum richtigen Zeitpunkt wieder das Wachstum, dass sie im Stande ist zu verkraften. Daher muss kurzfristig toleriert werden, dass der Schuldenabbau zugunsten der Steuerentlastungen etwas verlangsamt wird – mit Betonung auf „verlangsamt“, da die Staatsschulden in Prozent des BIP zwar etwas langsamer, aber trotzdem sinken. Ohne Steuerreform und ohne Konjunkturbelebungsprogramme hätten wir übrigens auch aktuell trotz europäischem Konjunkturtief einen fast ausgeglichenen Haushalt (siehe Graphik):

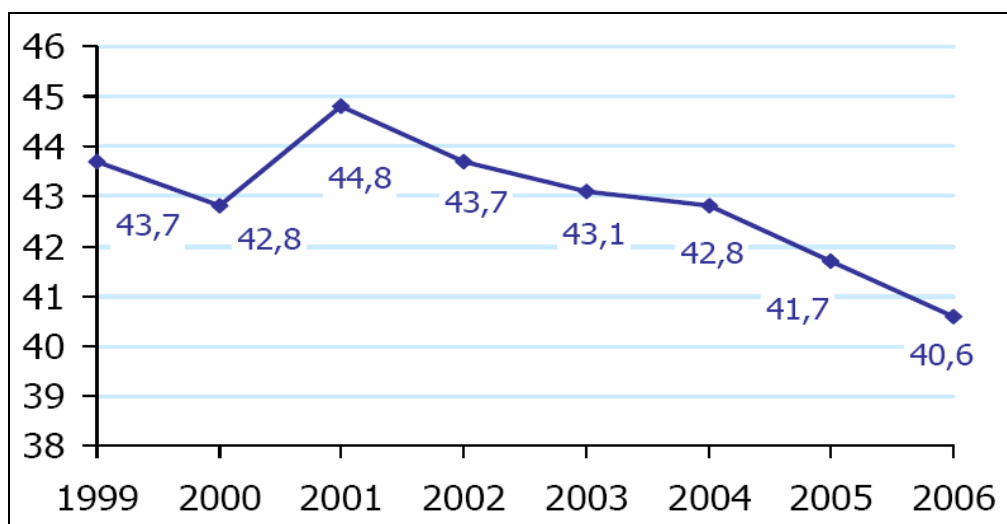
³ Österreichisches Stabilitätsprogramm 2003-2008; Dritte Fortschreibung vom 30.11.2004; BMF; S.10

Defizitentwicklung mit und ohne Entlastungen



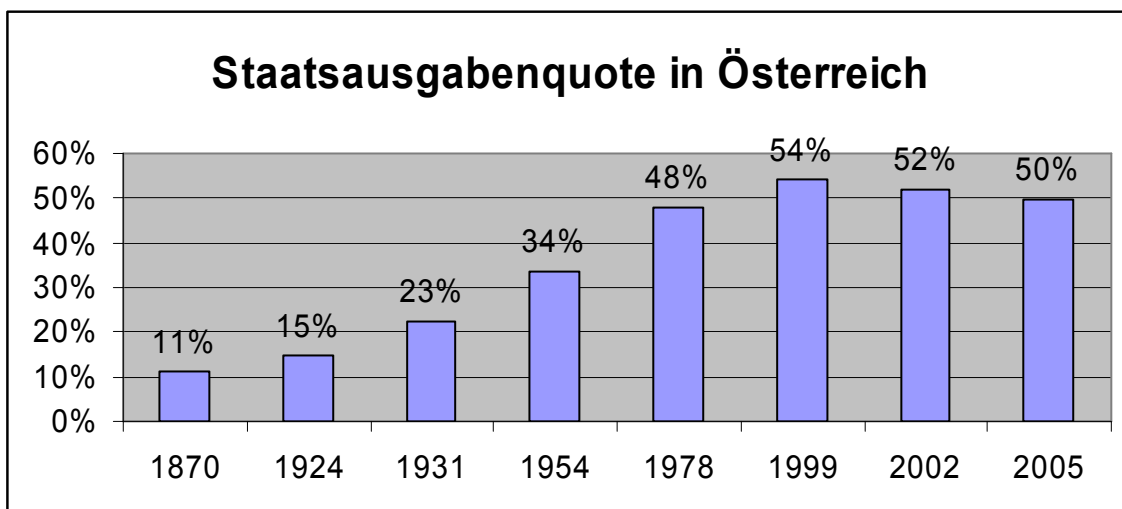
Mit der Steuerreform 2004/05, den Konjunkturbelebungsakten 2001 und 2002 und dem Wachstums- und Standortpaket 2003 wurde die größte steuerliche Entlastungsoffensive eingeleitet, die es in diesem Land jemals gegeben hat. Mit der großen Steuerreform in der Höhe von mehr als 3 Mrd. Euro und einer Lohnnebenkostensenkung von rund 650 Mio. Euro seit dem Jahr 2000 hat die Bundesregierung einen wichtigen Schritt zur weiteren Entlastung der Wirtschaft und der Gesellschaft gesetzt. Das langfristige Ziel der Bundesregierung war die Senkung der Steuer- und Abgabenquote bis 2010 auf 40 % des BIP. Was anfangs von vielen Kritikern noch als völlig unrealistisch angesehen wurde, wird nun mit 40,6 % praktisch bereits 2006, also vier Jahre früher als geplant erreicht werden.

Entwicklung der Steuer- und Abgabenquote in Prozent des BIP



Entlastung und Wachstum

Der Anteil des Staates in Österreich war noch nie so groß wie in 1999. Er erfüllt damit zwar seine Rolle der Umverteilung und der sozialen Sicherheit mit großem Erfolg, aber auch mit großen Ressourcen. Betrug die Staatsquote im 19. Jahrhundert noch maximal 12%, so ist sie Ende des 20. Jahrhunderts bis auf über 50% angestiegen. Der Hauptgrund dafür sind die gestiegenen Sozialausgaben und die Transferleistungen, die der Wohlfahrtsstaat heute anbietet. Diese Sozialausgaben müssen jedoch von der Wirtschaft, und damit letztendlich von den Menschen selbst finanziert werden. Daher ist es wichtig, dass der Wirtschaft der notwendige Freiraum zum effizienten Arbeiten gegeben wird.



Das „Wagner’sche Gesetz“, wonach Staatsausgaben langfristig automatisch und unaufhaltsam zunehmen wenn die Wirtschaft wächst, darf nicht immer als Rechtfertigungsmuster herangezogen werden. Es sollte vielmehr sensibilisieren, dass es eines großen Reformwillens bedarf um den Automatismus der steigenden Staatsausgaben und damit auch der steigenden Steuerbelastungen zu durchbrechen. Dieser Automatismus der steigenden Staatsausgaben findet mehrere Erklärungsmuster: Erstens nehmen die öffentlichen Leistungen bei steigendem Einkommen überproportional zu⁴. Mit Wohlstand steigt sichtlich der Wunsch auch einem besseren Sozialstaat. Außerdem steigen die Preise der vom Staat gekauften Vorleistungen und Arbeitsleistungen stärker als die Preise im Privatsektor. Damit bleibt zwar der reale Staatsanteil gleich, aber der nominale Staatsanteil (Staatsquote) nimmt durch die höheren

⁴ Die so genannte „Einkommenselastizität öffentlicher Leistungen“ ist größer als eins.

Preise ständig zu. Höhere relative Preise ergeben sich immer dann, wenn die Produktivität geringer ist und keine Konkurrenz vorhanden ist. Das ist der Fall beim Sektor Staat. Der Staat hat vor allem durch den mangelnden Wettbewerbsdruck, der fehlenden betriebswirtschaftlichen Kontrolle und des geringeren Rationalisierungswillens geringere Produktivitätsfortschritte als der private Sektor. Zu guter letzt wächst der Staatsanteil oft auch aus politischen Motiven: jene Politiker die einen großen Staat als populären Verteilungsapparat für sich entdeckt haben, zeigen kein Interesse an einer sinkenden Staatsquote oder einer Entlastung der Steuerzahler.

Staatsquote kann Wachstum dämpfen

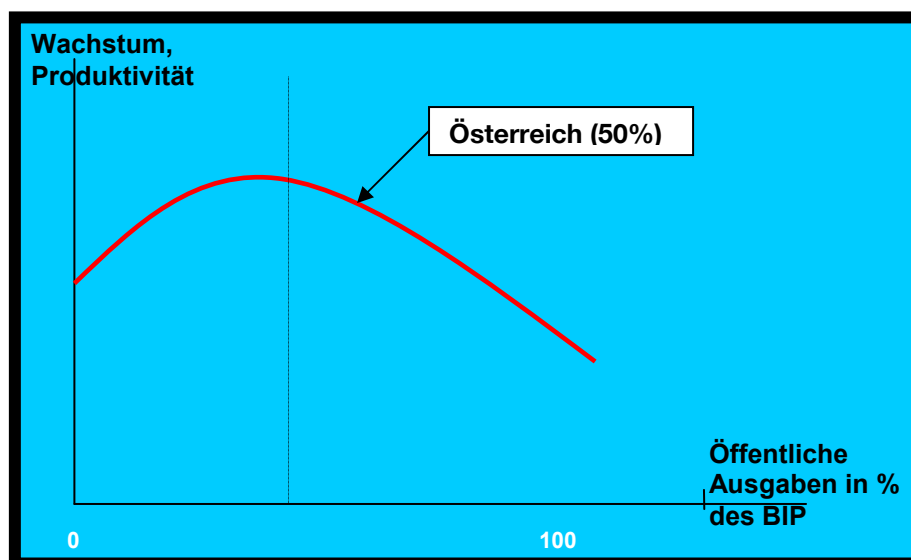
Obwohl Staatsausgaben kurzfristig auch einen positiven Effekt für die Wirtschaft und dessen Wachstum haben (Bereitstellung öffentlicher Güter nach Marktversagen und Investitionsausgaben, die die Produktivität steigern), sind die negativen Effekte einer zu hohen Ausgabenquote (und damit auch einer zu hohen Steuer- und Abgabenquote) doch überwiegend⁵:

- Hohe Konsumausgaben des Staates verdrängen private Konsumausgaben. Es ist daher ein Widerspruch zu behaupten, man fördere immer die private Nachfrage und den privaten Konsum mit höheren Staatsausgaben. Die Wirtschaft hat nicht unbegrenzte Ressourcen, die nachgefragt werden können.
- Ausgaben und Steuern verdrängen private Investitionen ("Crowding out" privater Investitionen)
- Höhere staatliche Nachfrage nach Arbeit erhöht reale Löhne und erhöht damit den Lohndruck auch im privaten Sektor. Unter unveränderten Bedingungen kommt es damit zu einer niedrigeren Kapitalproduktivität. („Crowding out“ privater Produktion)
- In Staaten mit großem öffentlichen Sektor nehmen Partikularinteressen eher auf die Gesetzgebung – wachstumshemmend – Einfluss, wodurch mehr Ressourcen in nichtproduktive Verwendungen fließen („Rent-seeking“)
- Steuern führen zu einer Reduktion des Sparens, wodurch eine niedrigere Vermögensbildungsrate das Wachstum dämpft. Hohe Besteuerung wirkt zudem als negativer Anreiz in der Arbeitsangebotsentscheidung.

⁵ Aus: P. Hansson, M.A. Henrekson: "New framework for testing the effect of government spending on growth and productivity, Public Choice 81, 1994; S.381-401

- Die Steuern beeinflussen die Wirtschaft stark. Je mehr Steuern es gibt, desto schlechter ist dies für die Wirtschaft. Das Problem ist dabei nicht, dass man einen Teil des Geldes abgeben muss, denn es wird ja dann trotzdem vom Staat ausgegeben und kommt der Wirtschaft auf diese Weise wieder zugute. Das Problem liegt im administrativen Aufwand (vor allem die KMUs sind mit dem administrativen Aufwand überlastet) und im Wohlfahrtsverlust, dem so genannten „Deadweight Loss“. Dieser steigt überproportional mit der Steuer an. Ab einer gewissen Steuerhöhe werden die Steuereinnahmen bei einer weiteren Erhöhung sogar kleiner, und eine Steuerentlastung führt daher zu mehr Wachstum.

Es besteht also ein negativer Zusammenhang zwischen zu hoher Ausgabenquote bzw. Abgabenquote und Wirtschaftswachstum. Ist der öffentliche Sektor klein, so steigen Wachstumsrate und Produktivitätswachstum mit dem Wachstum des öffentlichen Sektors, wenn dieser etwa die Infrastruktur verbessert, Schulen baut etc. Ab einem gewissen Punkt nehmen jedoch die negativen Effekte überhand. Eine Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben über diesen Punkt hinaus wirkt sich negativ auf Wachstumsrate und Produktivitätswachstum aus (Crowding out privater Investitionen, Verzerrungen und negative Anreize auf Grund hoher Steuern etc). Die meisten OECD-Staaten und auch Österreich weisen öffentliche Sektoren auf, die über der optimalen Größe liegen (befinden sich auf dem fallenden Teil der inversen U-Kurve in folgenden Graphik):



Im internationalen Vergleich sind die Ausgabenquoten in den letzten zehn Jahren zum

ersten Mal deutlich zurückgegangen. Bemerkenswert dabei ist, dass die Wirtschaft besonders in jenen Staaten gewachsen ist, wo der Staat seine Ausgaben besonders gesenkt hat⁶. In Österreich hat die Reduktion der Ausgabenquote im Vergleich mit anderen OECD-Staaten erst relativ spät eingesetzt (im Zuge der Konsolidierungsmaßnahmen Mitte der 90er Jahre durch den „Schüssel-Ditz-Kurs“). Bisher liegt das Ausmaß der Reduktion der Staatsausgaben in Österreich im OECD-Mittelfeld. Durch weitere Ausgabensenkungen kann aber mit einem positiven Effekt in der Größenordnung von einem Viertel bis drei Viertel Prozentpunkte BIP-Wachstum pro Jahr gerechnet werden⁷.

Beispiel Schweden

Schweden, das fälschlicherweise gerne als Beispiel dafür angeführt wird, wie eine hohe Staatsausgaben- bzw. Steuer- und Abgabenquote einem soliden Wachstum nicht entgegensteht, liefert im Gegenteil gerade dafür die beste Fallstudie, wie eine konsequente Abgabensenkung – von einem hohen Niveau ausgehend – zu nachhaltigem Wachstum führt. Kurzfristig betrachtet könnte man sich zu der Argumentation verleiten lassen, Schweden (bzw. andere skandinavische Länder wie Finnland und Dänemark) haben gute Konjunkturdaten trotz hoher Abgabenquote und die Politik der Senkung der Abgabenquoten sei daher falsch. Aber das Gegenteil ist der Fall. Interessant ist nämlich die längerfristige Betrachtung:

Das "Schwedische Modell" mit seinem ausufernden Wohlfahrts- bzw. Versorgungsstaat ist bereits Ende der 80er und Anfang 90er Jahre gescheitert. Seit dem Ersten Weltkrieg hatte der schwedische Staat die zentrale sozialpolitische Aufgabe der „Herstellung sozialer Gleichheit“. Die gesamte Bevölkerung wurde in die entstehenden wohlfahrtsstaatlichen Leistungssysteme einbezogen und es zeichnete sich wie in anderen nordischen Staaten eine Tendenz zur „Volkssicherung“ ab. Charakteristisch für die schwedische Sozialpolitik war der starke Ausbau kollektiver sozialer Dienste. Der überproportionale Anstieg der Sozialleistungsquote führte zu einer massiven Krise hinsichtlich der Staatsverschuldung und des Anstiegs der Arbeitslosigkeit. Dies erforderte drastische Konsolidierungsmaßnahmen in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Die

⁶ OECD Economic Outlook No. 73, Juni 2003

einschneidende Verringerung der Sozialleistungen nach 1993 ist in erster Linie auf die Verschärfung der Bedingungen für die Erlangung von Invaliditätsrenten, auf die Einführung von Karenztagen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie auf die Reduktion von Geldleistungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter zurückzuführen. Außerdem wurden auf der Finanzierungsseite in mehreren Leistungssystemen Selbstbeteiligungen eingeführt. Bis dahin erfolgte die Finanzierung des Sozialbudgets fast ausschließlich über Steuern und Arbeitgeberbeiträge. All diese Sanierungsmaßnahmen wurden bei nur gedämpftem Protest der Gewerkschaften durchgesetzt und stellen die bestehenden Transfer- und Dienstleistungssysteme nicht grundsätzlich in Frage.

In den letzten Jahren wurde damit in Schweden die Steuer- und Abgabenquote von 55,4% (1999) auf 50,4% (2004) gesenkt. Auch Dänemark und Finnland haben Notwendigkeit von Strukturreformen erkannt und, ausgehend von einem hohen Niveau, die Abgabenquoten in den letzten Jahren deutlich gesenkt. Diese dynamische Betrachtungsweise offenbart daher nicht die Rechtfertigung der aktuell noch hohen Steuerquote in Schweden, sondern vielmehr die Rechtfertigung einer drastischen Senkung dieser hohen Steuerquote. Nicht die Quote ist relevant für Wachstum, sondern die Veränderung der Quote und dessen ständige Anpassung auf realwirtschaftliche Rahmenbedingungen. Pointiert könnte man sagen: Schweden (bzw. andere nordische Länder wie Finnland und Dänemark) ist auf dem richtigen Weg, seine hohe Steuerquote drastisch zu reduzieren und sein System des allgegenwärtigen Versorgungsstaates zu reformieren.

Schweden fährt übrigens auch in der Schuldenpolitik seit Anfang der 90er Jahre einen nachhaltigen Kurs. Die Staatsschuldenquote konnte von fast 80% des BIP auf unter 50% des BIP gesenkt werden. Seit 2002 weist Schweden einen ausgeglichenen bzw. im Überschuss befindlichen Budgetsaldo aus – mit dem finanzpolitischen Ziel eines Budgetüberschusses von 2% des BIP! Mit der Verringerung der Staatsschulden hat Schweden einen ebenso wichtigen Beitrag zu seinem – für europäische Verhältnisse beneidenswerten - Wirtschaftswachstum geleistet, wie mit seiner Konsolidierung des Staatssektors⁸. Schweden ist eben ein Beispiel dafür, dass sich langfristige Budgetpolitik

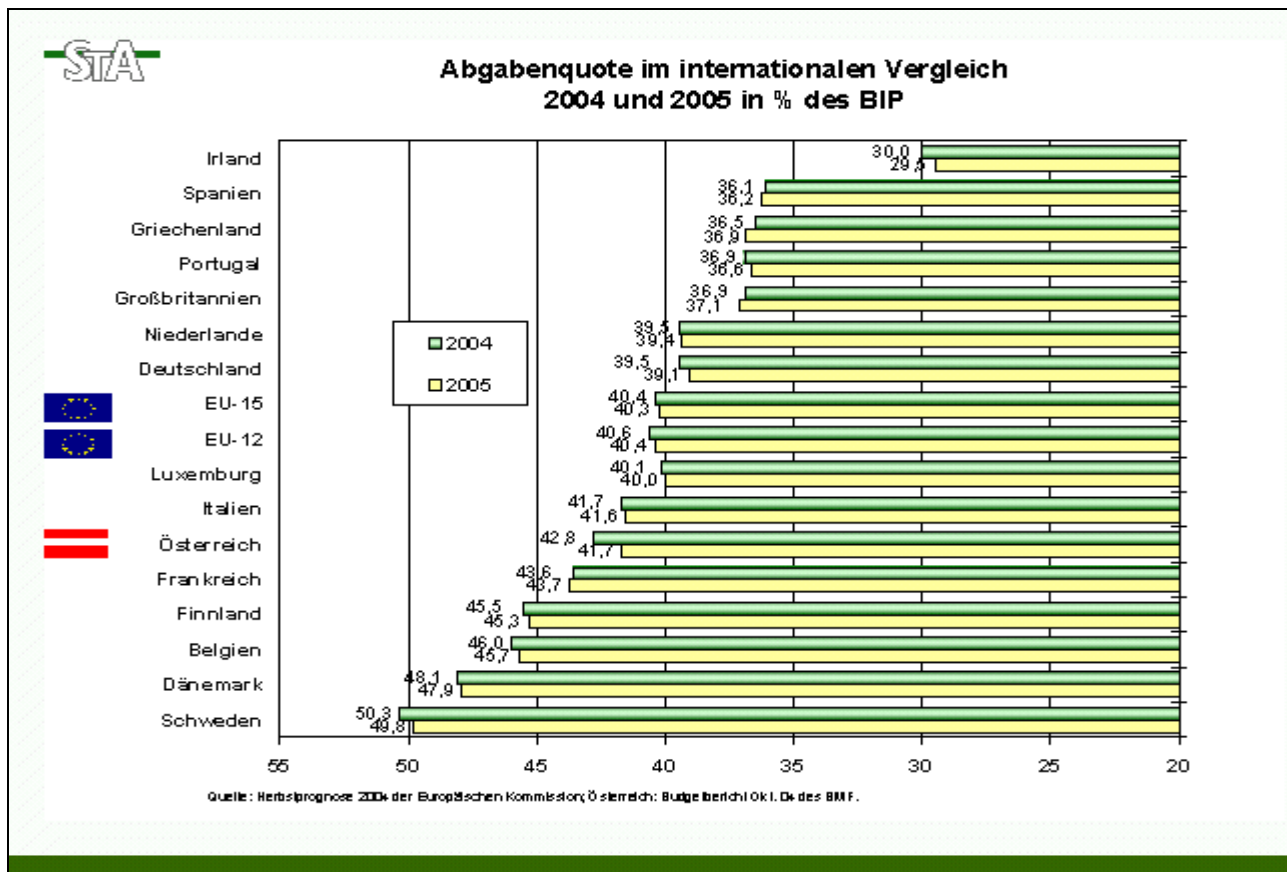
⁷ M. Burgstaller, H. Stieber; „Ausgabenquoten im internationalen Vergleich: Behindern hohe Quoten die Wettbewerbsfähigkeit eines Staates?“; Working Paper des BMF; Mai 2004; S.23

⁸ Vgl. P.Brandner; „Budgetpolitik der Niederlande, Finnlands und Schwedens – Lehren für nachhaltige Konsolidierungen?“; IHS-Projektbericht, April 2003

auszahlt und dass wirtschaftspolitische Analysen immer dynamisch und reformorientiert, und nicht statisch und der Genügsamkeit verfallen angestellt werden müssen.

Warum gerade 40 Prozent?

Seit den 90er Jahren liegt der Durchschnitt der Abgabenquote der EU-15 und jetzt auch der EU-25 um die 40 % des Bruttoinlandsprodukts. Österreich lag 1999 bei 43,7%, erreichte 2001 im Rahmen der Haushaltskonsolidierung bzw. des ausgeglichenen Budgets mit 44,8% den Höhepunkt. Österreich zählte somit traditionell zu den Hochsteuerländern, im Negativ-Ranking nach Schweden, Dänemark, Belgien, Finnland und Frankreich. Mit einer Quote von 40 % würde Österreich im Mittelfeld der EU (zwischen Platz 15 und 17) liegen.



Vergleicht man die internationalen Abgabenquoten, sind aber einige Strukturunterschiede zu berücksichtigen. So hat Österreich durch sein extensives System an Beihilfen über die Ausgabenseite eine deutlich höhere Abgabenquote als z.B. Deutschland, das mehr mit steuerlichen Absetzbeträgen arbeitet. Die die FLAF-Mittel betragen in Österreich etwa 2,2 % des BIP. Des weiteren wird z.B. das Gesundheitssystem und das Bildungssystem in

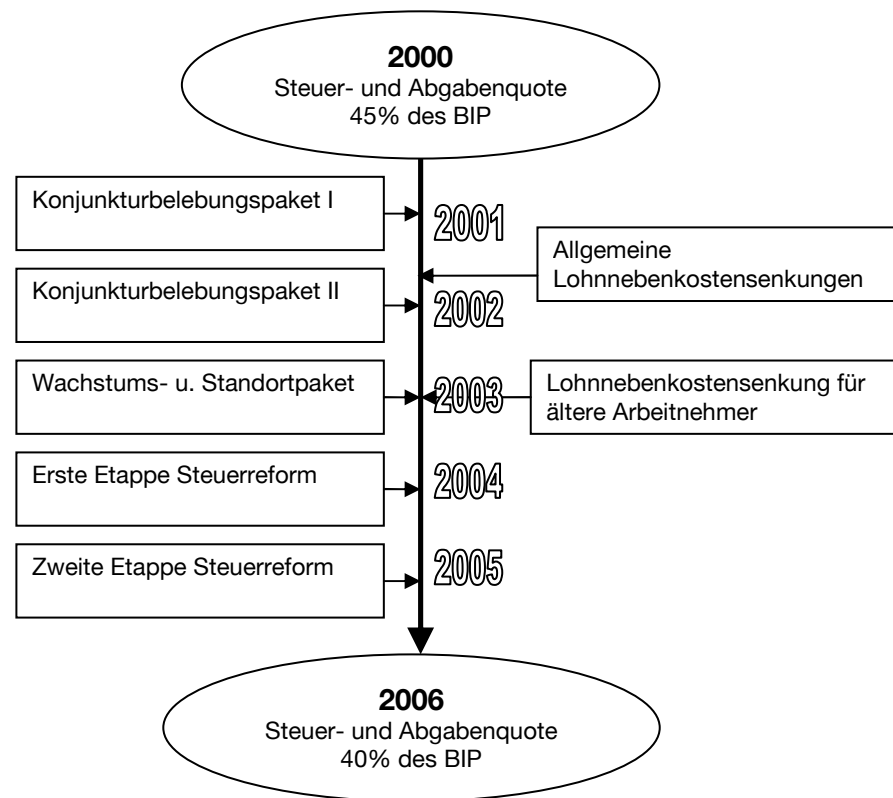
Österreich deutlich stärker über Abgaben finanziert als in anderen EU-Staaten. Außerdem spielt nicht nur die Abgabenlast, sondern auch die Struktur der Abgaben für das Verhalten der Wirtschaftsakteure eine Rolle. Hier verfolgt Österreich die Strategie breiter Bemessungsgrundlagen bei moderaten Steuersätzen. Das belastet gleichmäßiger und verzerrt die Entscheidungen der Akteure weniger.

So wurden die 40 Prozent erreicht

- Seit dem Jahr 2000 haben wir die Lohnnebenkosten um insgesamt 650 Mio. €, bzw. um rund 0,3% des BIP gesenkt (darunter vor allem jene der älteren Arbeitnehmer).
- Mit den Konjunktur- und Wachstums- und Standortpaketen wurden dauerhafte steuerliche Entlastungen erreicht: (Paket I 200 Mio. €, Paket II 500 Mio. €, Paket III ca. 500 Mio. (in Summe 0,6 % des BIP)
- Die Steuerreform 2004/2005 führt (2006) zu einer Nettoentlastung von mehr als 3 Mrd. Euro (1,3 % des BIP).
- Durch eine Neuberechnung des Bruttoinlandsprodukts auf Grund einer weltweiten Harmonisierung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung - imputierte Bankdienstleistungen (FISIM) – d.h. im Großen und Ganzen die Zinsspannen der Banken - werden dem BIP hinzugerechnet und erhöhen damit das heimische BIP um knapp über 1%. Das senkt wiederum die Steuer- und Abgabenquote automatisch um 0,5%.

Die Entlastungsmaßnahmen sind eine Synergie zwischen langfristigen, strukturpolitischen und kurzfristigen, konjunkturbelebenden Maßnahmen. Steuerreform, Konjunkturbelebungs- und Wachstumspakete Pakete sowie allgemeine und speziell auf ältere Arbeitnehmer abgezielte Lohnnebenkostensenkungen im Zuge von Budgetbeileitungsgesetzen bilden dabei eine Symbiose. Die allgemeine Lohnnebenkostensenkung hat das Beschäftigungswachstum in Österreich merklich verbessert und durch die spezielle Lohnnebenkostenentlastung bei Älteren konnte zielgerichtet die Beschäftigungsquote der älteren Arbeitnehmer erhöht werden. Bei der Beschäftigungsquote der über 54-jährigen zählt Österreich traditionell vor allem durch

das frühe effektive Pensionsantrittsalter zu den EU-Schlusslichtern. Sie konnte aber von 28% im Jahr 2002 auf über 30% im Jahr 2003 erhöht werden – Tendenz steigend.



Insgesamt ist mit allen Maßnahmen eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote um rund 10% (von knapp unter 45% auf knapp über 40% des BIP) von 2000 bis 2006 zu rechnen. Die Österreicherinnen und Österreicher müssen daher seit dem Jahr 2000 um ein Zehntel weniger Steuern zahlen.

Alle profitieren von der Entlastung

Von den Entlastungsmaßnahmen im Zuge der Steuerreform, der Konjunkturbelebungs Pakete und der Lohnnebenkostensenkungen profitieren alle Menschen im Land. Direkt davon, dass sich durch die Tarifsenkung mehr in der Geldbörse haben, und indirekt, dass sie durch die Steuerentlastung mehr Wachstum und mehr Arbeit für die Gesamtwirtschaft geschaffen wird. Dieser indirekte Effekt wird oft unterschätzt, weil fälschlicherweise oft Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei der Steuerreform gegeneinander ausgespielt werden. In der Wirtschaft und in Gesellschaft lebt aber Jeder von Jedem und Jeder mit Jedem. Daher ist es unsinnig davon zu sprechen, dass eine Entlastung der Arbeitnehmer etwas den Arbeitgebern wegnimmt – und umgekehrt. Im Gegenteil: Werden die Menschen oder der „Faktor Arbeit“ entlastet, haben sie wieder mehr Kaufkraft und mehr Nachfrage für die Wirtschaft, und werden die Unternehmen oder „der Faktor Kapital“ entlastet, so können diese wieder mehr Arbeitsplätze schaffen und vor allem mehr und besseres Angebot für die Menschen auf den Markt bringen.

Wird der Faktor Arbeit entlastet, entstehen mehr Arbeitsplätze. Wird der Faktor Kapital entlastet, entstehen mehr Investitionen und dadurch indirekt auch mehr Arbeitsplätze.

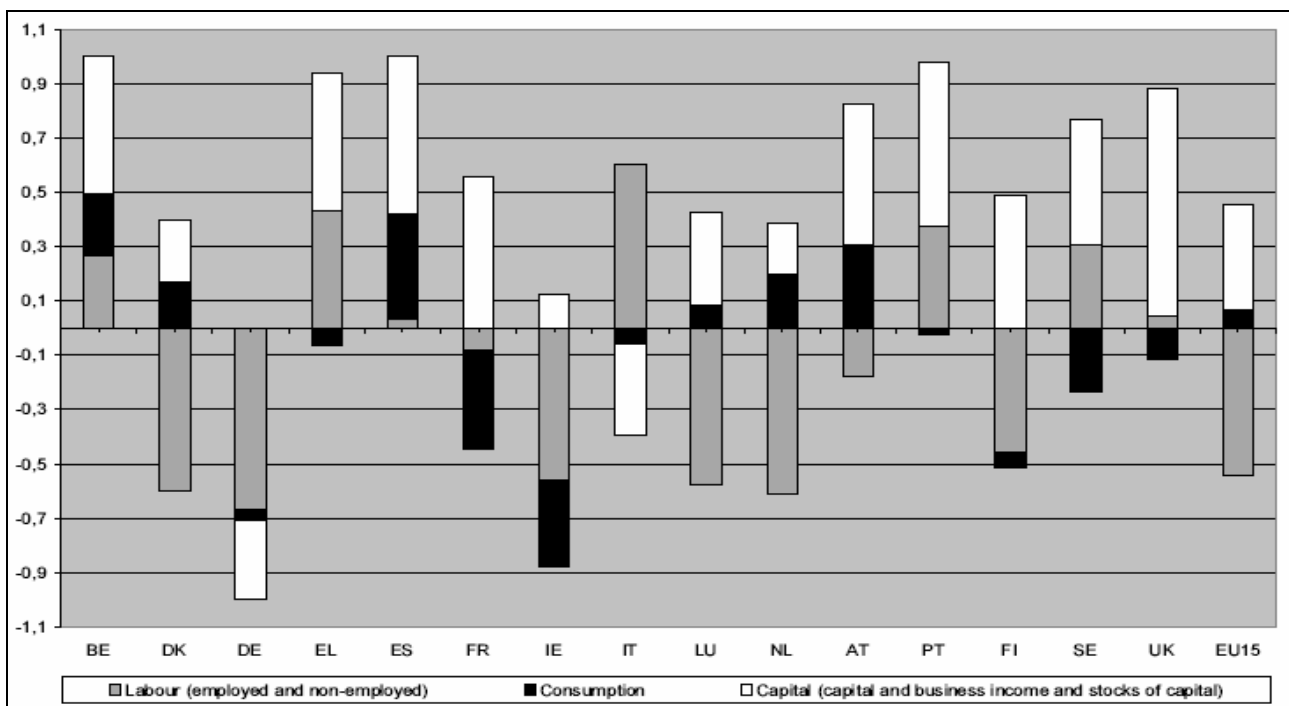
Was den Faktor Arbeit betrifft, so entstehen laut Berechnungen der EU-Kommission bei einer Verringerung der Lohnbesteuerung um drei Prozent ein mehr an Beschäftigung um ein Prozent⁹. Fast die Hälfte der derzeit langfristigen Arbeitslosen in der EU ist damit auf die Steigerung der Lohnsteuern in den Jahren 1970 bis 2002 zurückzuführen. Im Jahr 1970 lag die durchschnittliche Lohnsteuer inklusive Sozialabgaben bei etwas über 25 Prozent. Heute liegt sie bei 35 Prozent. Die Arbeitslosenrate ist im gleichen Zeitraum in der EU von 2,5 Prozent auf über 8 Prozent im Jahr 2002 (und damit auf einen doppelt so hohen Wert wie in Österreich angestiegen).

Was den Faktor Kapital betrifft, so wird oft gemutmaß, dass Kapital im Gegensatz zu dem Faktor Arbeit immer weniger besteuert wird und der Haushalt mit einer Erhöhung der

⁹ C.Planas e.a.: „How much has labour taxation contributed to European structural unemployment?“, EU-Kommission – DG Ecofin; N.183; May 2003

Steuerlast auf das Kapital saniert werden könnte. Dem ist aber nicht so: Laut Eurostat¹⁰ ist die Abgabenlast auf den Faktor Kapital EU-weit in den Jahren 1995 bis 2002 von 24,5 auf 29,8 Prozent der gesamten Abgabenlast stark gestiegen und die Steuerlast auf den Faktor Arbeit sogar relativ gesunken (von 37,3 auf 36,3 Prozent). In Österreich ist der implizite Steuersatz auf Kapital (inkl. Unternehmensgewinne) von 1995 bis 2002 von unter 18% auf über 24% und der Steuersatz auf Arbeit von 38,7% auf „nur“ knapp 39,2% gestiegen. Das widerspricht der häufig geäußerten Behauptung, dass der freie Kapitalverkehr dazu führe, dass die einzelnen Staaten das sehr mobile Kapital immer weniger besteuern und dafür den sesshafteren Arbeitskräften immer höhere Lasten aufbürden würden. Aus der folgenden Graphik ist sogar eindeutig abzulesen, dass in Österreich (AT) von allem die eine höhere Kapitalbesteuerung (weiß) zur höheren Abgabenquote beigetragen hat und die Besteuerung der Arbeit (grau) sogar relativ zu gesamten Abgabenlast gesunken ist.

Beiträge der Steuern auf Arbeit, Kapital und Konsum (in % des BIP) zur Erhöhung der Abgabenquote in der EU1995-2002 (in Prozentpunkten des BIP)



Quelle: Eurostat

Das bedeutet, dass das ständige „sich gegeneinander auspeilen“ von Arbeit und Kapital bei einer Steuerreform nicht angebracht ist. Weder Arbeit, noch Kapital (bzw. die Unternehmensgewinne) sind ausreichend entlastet. Wesentlich ist nicht, ob Arbeit oder

¹⁰ „Structures of the taxation systems in the European Union 1995-2002“; Eurostat 2004

Kapital mehr entlastet wird, sondern dass beide entlastet werden. Denn eines zeigen die Eurostat-Daten auch deutlich: Insgesamt ist die Abgabenquote nicht nur im EU-Durchschnitt (von 40,8% auf 41,1% des BIP), sondern vor allem auch in Österreich (von knapp 42% auf fast 45%) im untersuchten Zeitraum deutlich gestiegen.

Die Steuerreform wird diese Abgabenquote in Österreich bis 2008 wieder auf 40% zurückführen und sie sorgt auf für die oben angesprochenen gesamtwirtschaftlichen Effekte: Konkret hat das WIFO berechnet, dass sich das Wirtschaftswachstum um 0,4% pro Jahr steigert, die real verfügbaren Einkommen der Menschen sogar um über 2% erhöhen und dass rund 4.500 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden¹¹.

Eckpunkte der Steuerreform 2004 / 2005

- Tarifreform – 1,1 Mrd. €
- Von 5,9 Mio. Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen zahlen 2,55 Mio. keine Lohn- und Einkommensteuer mehr
- Bruttojahreseinkommen bis € 15.770 steuerfrei
- Familienpaket
- Senkung Körperschaftsteuersatz auf 25 %
- Moderne Gruppenbesteuerung
- Begünstigte Besteuerung nicht entnommener Gewinne

Alle profitieren durch die Steuerreform

2,6 Mio. Arbeitnehmer	990 Mio. €
1.050.000 Pensionisten	450 Mio. €
900.000 Alleinverdiener/-erzieher	230 Mio. €
680.000 Pendler	20 Mio. €
130.000 Bauern	50 Mio. €
100.000 Einzelunternehmer + Personengesellschaften	400 Mio. €
100.000 GesmbH's und AG's	1.100 Mio. €

¹¹ F.Breuss e.a.: „Steuerreform 2004/2005 – Maßnahmen und makroökonomische Effekte“; WIFO Monatsbericht 8/2004; S.639

Die Kaufkraft wurde gestärkt

Der wichtigste Entlastungsaspekt der Haushalte durch die Steuerreform ist die Stärkung der Kaufkraft. Die Unternehmen können durch die Entlastung mehr Investitionen, mehr Arbeitsplätze und mehr Angebot für die Wirtschaft schaffen, und die Haushalte bekommen durch die Entlastung mehr Kaufkraft und schaffen daher mehr Nachfrage für die Wirtschaft. Das Mehr an Kaufkraft dient aber nicht nur der Wirtschaft in Form von Nachfrage, sondern vor allem den Menschen selbst in Form von höheren „disponiblen Einkommen“.

Laut jüngsten Prognosen des WIFO und des IHS¹² werden sich die verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte und damit der Konsum im Jahr 2005 beträchtlich erhöhen. Damit sorgt die Steuerreform für einen neuen Trend im Jahr 2005: Nach dem „Jahr der Investitionen 2003“ zeichnet sich für die Jahre 2004 und vor allem für das Jahr 2005 das „Jahr des Konsums“ ab. Durch die Konjunkturbelebungs Pakete und das Wachstumspaket war das Jahr 2003 der Startschuss für eine neue Investitionsphase (+6,2% im Jahr 2003), die laut Prognosen bis über das Jahr 2006 anhalten wird. Im Jahr 2004 ist dann schließlich auch mit der volkswirtschaftlich üblichen Verzögerung der private Konsum wieder angesprungen (+2,5% im Jahr 2003). Damit bilden ab 2004 die Investitionen und der Konsum, gepaart mit dem Exportboom¹³ durch die Stärkung der heimischen Wettbewerbsfähigkeit, eine ideale Grundlage für einen lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung.

¹² Prognose der Österreichischen Wirtschaft 2004-2006 vom 22.12.2004; WIFO S.8 und IHS S. 23

¹³ +10% reale Warenexporte im Jahr 2004 laut Statistik Austria

Auch die zukünftigen Steuerzahler werden entlastet

Schulden sind Steuern von morgen

Staatsausgaben durch Schulden statt durch Steuern zu finanzieren, ist nichts anderes als die Steuerlast auf die nächsten Generationen zu verschieben. Die „Äquivalenztheorie“ von David Ricardo besagt nämlich, dass Schuldenfinanzierung heute als äquivalent zur Steuerfinanzierung von morgen gesehen wird, da die Steuerzahler der Zukunft die Schulden von heute mit Steuern von morgen wieder abbauen müssen.

Der Harvard-Professor Robert Barro¹⁴ passte diese alte Theorie an die heutige Realität an: Rationale Individuen sind sich bewusst, dass eine Regierung, die zusätzliche Ausgaben über eine höhere Neuverschuldung statt über Steuererhöhungen finanziert, zur Aufbringung dieser Mittel für die Schuldentilgung letztlich nicht auf Steuererhöhungen verzichten kann. Damit bleibt den Steuerzahlern zwar vorerst vergleichsweise mehr Geld, aber sie werden in Hinblick auf diese spätere Belastung zurückhalternder sein. Sie werden nach einem anfänglichen „Strohfeuer“ langfristig weniger konsumieren und – wenn die Steuersenkungen nicht auch Strukturreformen beinhalten – auch weniger investieren. Wenn aber weniger investiert wird, wird auch weniger Kapitalstock aufgebaut. Damit wirkt sich ein permanentes Defizit auch negativ auf die private Geldvermögensbildung aus, weil nur dort gespart wird, wo auch investiert wird und umgekehrt. Budgetdefizite verdrängen also private Investitionen, wodurch es langfristig zu einem Rückgang des BIP kommen kann. Für Österreichs derzeitigen Schuldenstand wurde dieser Rückgang (bzw. Wachstumseinbuße) sogar mit 2,5 % des BIP quantifiziert¹⁵.

Daher ist ein konsequenter Schuldenabbau auch eine Form von Entlastung. Sie ist sogar die nachhaltigste Form von Entlastung, weil sie unabhängig von Konjunkturzyklen wirkt und nicht mehr zurückgenommen werden kann. Steuerentlastungen dürfen kein Selbstzweck sein. Sie müssen neben den Entlastungseffekten nicht nur Wertschöpfung

¹⁴ R. Barro; „Are Government Bonds Net Wealth?“, Journal of Political Economy 87; Oktober 1974; S.940-971

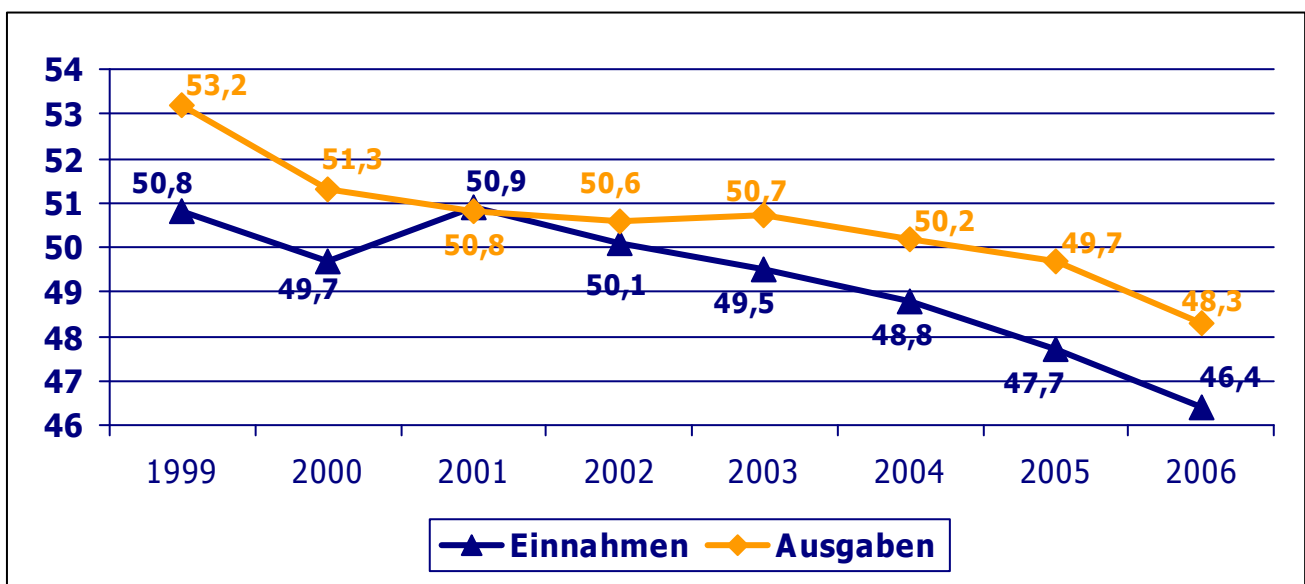
¹⁵ M. Zagler: „Öffentliche Verschuldung, Budgetdefizite und Budgetkonsolidierung; in: E. Theurl e.a. (Hg.): „Kompendium der österreichischen Finanzpolitik“; 2002; S. 479 - 506

und Wachstum langfristig stärken, sondern sie müssen dem Budget auch genügend Spielraum für Schuldenabbau und damit für weitere zukünftige Entlastungen lassen.

Schuldenabbau ist Entlastung von morgen

Die Entlastung seit 2000, also die Senkung der Staatseinnahmenquote (bzw. Steuer- und Abgabenquote) seit dem Jahr 2000, ist vor allem deswegen eine besondere Leistung, weil ihr zugleich auch eine Senkung einer Staatsausgabenquote gegenübersteht und damit auch die Staatsschulden abgebaut werden konnten. Es wurde also zum ersten Mal nicht, wie so oft bei Steuersenkungen in der Vergangenheit und in anderen Staaten, die Steuerlast bloß durch neue Schulden auf die nächsten Generationen verschoben, die diese Schulden später durch höhere Steuern abbauen müssen. Im Gegenteil. Die Staatsausgabenquote ist seit dem Jahr 2000 sogar noch mehr gesunken (um 3% von 53,2% im Jahr 2000 auf 50,2% im Jahr 2004) als die Staatseinnahmenquote (um 2% im gleichen Zeitraum – siehe Graphik unten). Damit wurden die zukünftigen Steuerzahler sogar noch mehr entlastet, als die heutigen.

Staatseinnahmen- und Staatsausgabenquote in % des BIP



Diese Senkung der Staatsausgaben konnte nur mit rigorosen Einsparungen verwirklicht werden. In absolute Zahlen umgemünzt belaufen sich die wesentlichen Einsparungen seit dem Jahr 2000 kumuliert auf über **20 Mrd. Euro** und umfassen vor allem folgende Bereiche:

Eine umfassende **Verwaltungsreform**, die auf einer ganzheitlichen Budgetrestrukturierungs-Strategie basiert, brachte ein jährliches Einsparungspotential von über einer Milliarde Euro. Bei Personal und bei den Pensionsausgaben wurden die Aktivitätsausgaben auf dem Niveau von 1999 stabilisiert. Der operative Personalstand des Bundes ist von 2000 bis 2003 um rund 14.000 gesunken, wobei der Bildungssektor (Lehrbereich) davon nicht betroffen ist. Neben den Rationalisierungsmaßnahmen im Personalbereich und Kürzungen bei den Ermessensausgaben umfasst die Verwaltungsreform vor allem Strukturreformen des Bundes wie z.B. die Erneuerung der Finanzverwaltung und Straffung der Abläufe in den Ministerien, Aufgabenübertragungen an die Länder wie z.B. Melde-, Fund- und Passwesen und den Abbau von Doppelgleisigkeiten wie z.B. im Bereich der Erwachsenenbildung. Allein durch die Gründung der Bundesbeschaffung GmbH resultiert ein Einsparpotenzial für den Bund von insgesamt rd. 59 Mio. €. Durch die **Pensionsreformen** 2000 bis 2004 (Anhebung des Zugangsalters zu den vorzeitigen Alterspensionen, Ausbau eines angemessenen Beitrages im Falle der vorzeitigen Inanspruchnahme einer Pension, Stärkung der Bedarfsorientierung bei Hinterbliebenenpensionen, Schaffung eines einheitlichen Pensionssystem) mussten bzw. müssen voraussichtlich knapp 11 Mrd. Euro weniger Staatsschulden aufgenommen werden, als ohne Reformen.

Die knapp über 20 Mrd. Euro an kumulierten Einsparungen von 2000 bis 2006 durch die Verwaltungsreformmaßnahmen, die Pensionsreformen und durch sonstige Maßnahmen im Sozialbereich¹⁶ lassen sich wie folgt zusammenfassen:

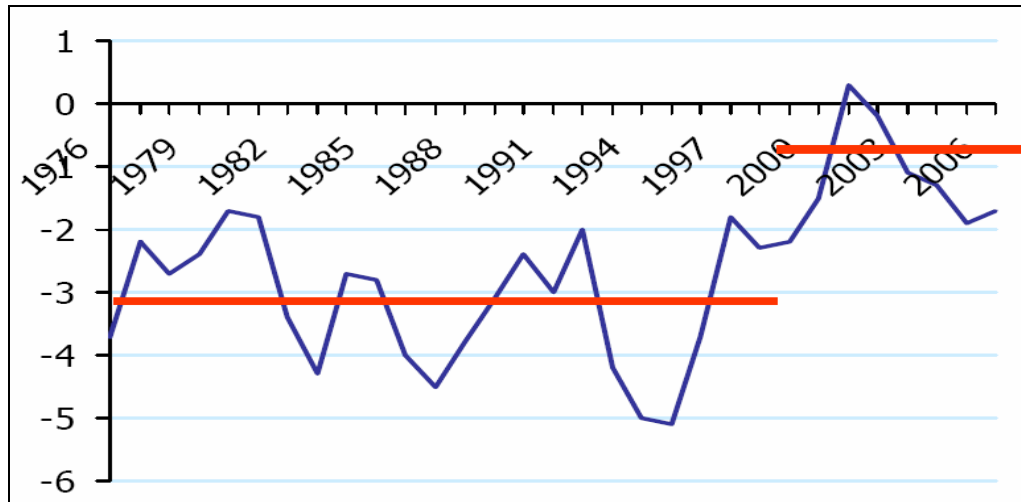
Budgetäre Wirkungen der Einsparungsmaßnahmen des Bundes 2000-2006 (Beträge in Mio. €; kumulierte Werte)								
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Insges. ¹⁾
Aktivitätsausgaben und Verwaltungsreform	75	437	918	1.256	1.473	1.653	1.811	7.623
Pensionsreformen 2000, 2003 und 2004		349	879	1.453	2.101	2.758	3.409	10.949
Sonstige Maßnahmen im Sozialbereich		77	77	77	77	77	77	462
Kürzung der Ermessensausgaben	600	220	220		200			1.240
Summe	675	1.083	2.094	2.786	3.851	4.488	5.297	20.274

1) Schuldenwirksam. Ohne diese Maßnahmen wären die Schulden des Bundes bis 2006 um rund 20 Mrd. € höher als ohne diese Maßnahmen.

¹⁶ Vereinheitlichung Familienzuschläge bei Arbeitslosen- und Pensionsversicherung und Wartezeiten bei Leistungen nach dem ALVG

Ohne diese Maßnahmen wären die Schulden des Bundes bis 2006 um rund 20 Mrd. € höher. Diese Summe lässt sich auch mit folgender Berechnung bestätigen: Im Durchschnitt der Jahre 1975-1999 wurde 3,1% des BIP an Neuverschuldung aufgenommen. Seit dem Jahr 2000 ist die Neuverschuldung mit 0,95% im Durchschnitt mehr als drei Mal so niedrig.

Gesamtstaatliches Defizit der letzten 30 Jahre



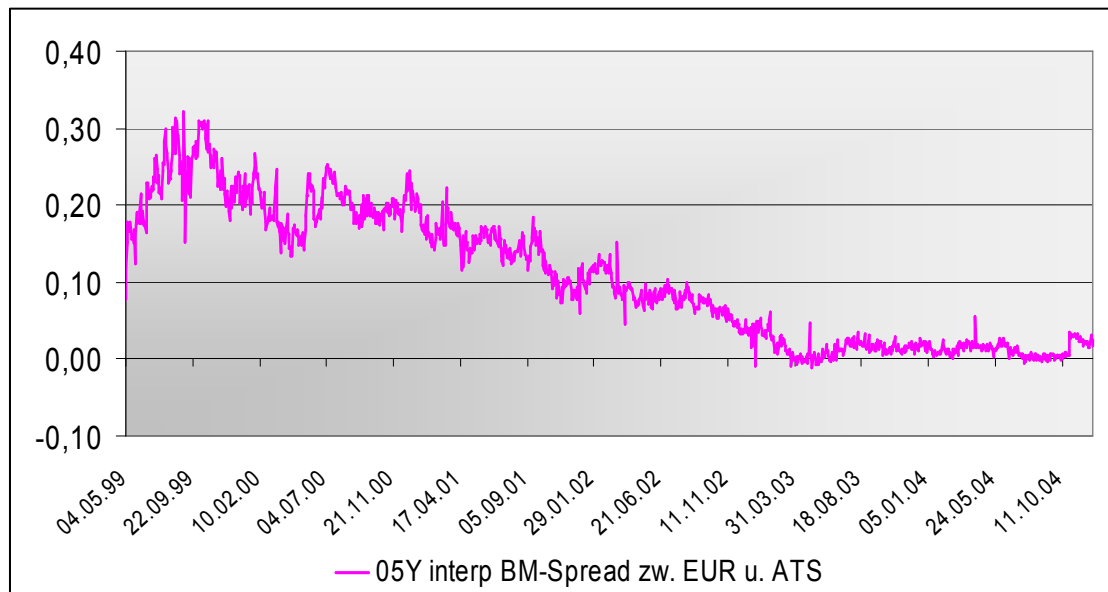
Hätte sich der Trend von vor 2000 fortgesetzt, hätten wir jedes Jahr seit 2000 um rund 2% des BIP (rund 4 Mrd. Euro) mehr Schulden gemacht. Das ergibt bis 2006 weit über 20 Mrd. Euro mehr an Staatsschulden. Alleine im Jahr 2000 hätte es nach Berechnungen des Finanzministeriums ein Defizit von über 4% des BIP gegeben, wenn der Budgetkurs ohne Konsolidierungsmaßnahmen fortgesetzt worden wäre. Im Jahr 2000 war es daher höchste Zeit, eine Notbremse zu ziehen. Das hatte zwar kurzfristig die Abgabenquote im Jahr 2001 auf knapp über 44,5% erhöht, aber mittelfristig das Budget auf ein gesundes Fundament für die dauerhaften Entlastungen der letzten Jahre gestellt.

Entlastung durch professionelle Schuldengearbung

Durch diesen neuen Budgetkurs seit 2000 hat sich das Vertrauen der Finanzmärkte in die österreichische Finanzpolitik stark verbessert. Je besser die Bewertung der heimischen Finanzpolitik, desto weniger muss der Staat für die Zinsen seiner Anleihen zahlen. Der Richtwert für die Verzinsung der österreichischen Staatsanleihen war seit jeher die Höhe der deutschen Verzinsung. Sie war immer bedeutend niedriger als die österreichischen, weil das Volumen der deutschen Staatsanleihen deutlich größer ist und daher besseren Konditionen am Kapitalmarkt unterliegt. In den vergangenen Jahren haben die

internationalen Finanzmärkte jedoch gemerkt, dass die österreichische Finanzpolitik wesentlich nachhaltiger als die deutsche ist, und der Abstand zu den günstigen deutschen Zinsen auf 5-jährige Staatsanleihen ist immer weiter gesunken, wodurch sich die österreichischen Steuerzahler über 500 Mio. Euro seit 2000 an zusätzlichem Zinsenaufwand für die Staatsschulden erspart haben.

Zinsdifferenz Österreich und Deutschland (5- jährige Bundesanleihe)

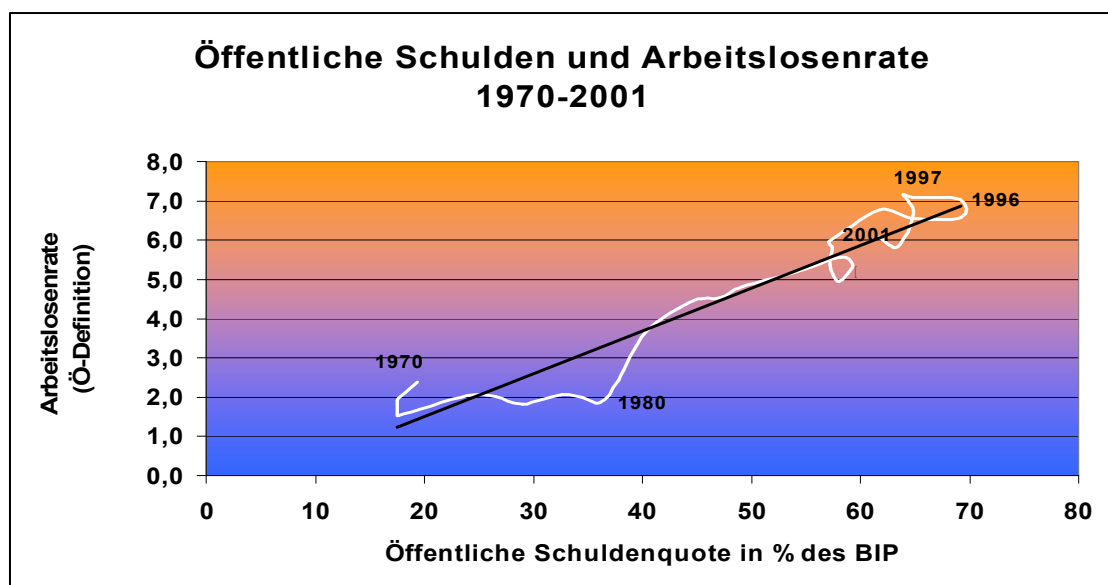


Durch die professionelle Gebarung der Bundesschulden mittels Fremdwährungskrediten – eine Technik, die die deutsche Bundesregierung ab 2005 unter der Vorbildwirkung Österreichs auch einführt - wurde der Bundeshaushalt von 2000 bis 2004 sogar um bis 1,5 Mrd. Euro entlastet.

Insgesamt hat der Staat damit weit über 20 Mrd. Euro weniger an Schulden als er gehabt hätte, wenn die Finanzpolitik der 70er, 80er und 90er Jahre fortgesetzt worden wäre. Eine Reduktion der Schulden um 20 Mrd. Euro bedeutet vor allem eine Entlastung der nächsten Generationen. Sie müssen die höheren Schulden und die höheren Zinszahlungen der Schulden nicht durch höhere Steuern kompensieren. Hätten wir heute um 20 Mrd. Euro mehr Staatsschulden, müsste der Staat zusätzlich rund 1 Mrd. Euro jährlich mehr an Zinsbelastungen zahlen. Das würde die heimischen Steuerzahler jedes Jahr um 1 Mrd. Euro zusätzlich belasten, also **jede Österreicherin und jeden Österreicher mit rund 125 Euro pro Jahr.**

Mit den Reformmaßnahmen und Budgetkonsolidierungen der Bundesregierung seit 2000 wurden daher vor allem die zukünftigen Steuerzahler nachhaltig entlastet. Das hat auch die EU-Kommission in ihren Bericht über die Lage der öffentlichen Finanzen in der Wirtschafts- und Währungsunion bestätigt. In dem Bericht von 2004 heißt es in der Bewertung der Mitgliedstaaten „Österreich scheint in einer merklich besseren Situation zu sein, die steigenden Haushaltskosten der älter werdenden Bevölkerung zu decken zu können, als vorher“¹⁷. In dem Berechnungen der EU-Kommission von 2003 wurde die Staatsschuldenquote in Österreich ohne Reformmaßnahmen für das Jahr 2050 vor allem auf Grund der demographischen Entwicklung noch auf 123% des BIP geschätzt (doppelt so hoch wie die aktuelle Quote)¹⁸. In der Revision von 2004 (nach den Reformmaßnahmen) rechnet die EU-Kommission nur mehr mit einer Staatsschuldenquote von 16% (also fast vier Mal niedriger als die aktuelle Quote)¹⁹.

Jedenfalls zieht das Kreisky'sche Argument, mehr Arbeitsplätze gegen mehr Schulden ausspielen zu müssen, heute nicht mehr. Die Erfahrung der letzten 30 Jahre hat nämlich eindeutig bewiesen, dass Schulden ersten (allein auf Grund ihrer Zinslasten) nur schwer wieder abgebaut werden können und dass sie zweitens kaum mehr Beschäftigung geschaffen haben. Im Gegenteil: ein Rückblick auf die Daten der letzten 30 Jahre zeigt, dass hohen Schulden auch eine hohe Arbeitslosigkeit mit sich gebracht haben.



Wachstum und Arbeit lassen sich nun einmal nicht durch Schulden erkaufen, sondern nur durch gesunde wirtschaftliche Rahmenbedingungen erarbeiten.

¹⁷ "Public Finances in the EMU – 2004"; EU-Kommission; KOM(2004) 425; S.48

¹⁸ "Public Finances in the EMU – 2003"; EU-Kommission; KOM(2003) 571; S.23

¹⁹ "Public Finances in the EMU – 2004"; EU-Kommission; KOM(2004) 425; S.43